

Stadtvertretung Stadt Seebad Ueckermünde

alle Fraktionen

Antrag zur Sitzung der Stadtvertretung am 23.09.2022

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Resolution

Lasten der Energiekrise gerecht verteilen!

Mit großer Sorge nehmen wir die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine und der Energiekrise sowie deren Auswirkungen auf die Einwohner wie auch auf die hier ansässigen Unternehmen zur Kenntnis.

Nicht alle Maßnahmen der Bundes- und Landespolitik tragen nach unserer Auffassung zu einer gerechten Verteilung der Lasten der Krise bei.

Aufforderungen an Kommunen zur Einrichtung von Wärmehallen oder Hinweise zum Duschen oder Lüften befördern eher den Unmut der Bevölkerung. Beleuchtungen auszuschalten, Absenken der Temperaturen in Verwaltungen und öffentlichen Gebäuden sind winzige Tropfen auf den heißen Stein.

Unser Einfluss auf die Entscheidungen mag gering sein, umso wichtiger ist es, dass wir uns klar im Interesse unserer Einwohner und unserer Unternehmen äußern.

Die Absicht einen „Energiepreisdeckel“ einzuführen begrüßen wir. Ebenso teilen wir die Forderung nach einer zügigen Wohngeldreform, um die Belastungen für Mieterinnen und Mieter abzufedern. Auch die Absicht, die sogenannte Schuldenbremse zumindest zeitweise außer Kraft zu setzen, wird von uns begrüßt.

Die Einführung der „Gasumlage“ lehnen wir jedoch ab, weil diese zu ungerechten Lastenverteilungen führt und wichtige Bereiche der Klein- und Mittelständischen Wirtschaft, des Handwerks, des Handels und der öffentlichen Infrastruktur in Existenznöte bringt.

Auch Einrichtungen der Wärmeversorgung erfahren dadurch keine Entlastung und sind gezwungen, Energiepreissteigerungen an ihre Kundinnen und Kunden weiterzugeben, was zu weiteren Verwerfungen führt.

Wir fordern eine gerechte Verteilung der Lasten!

Eines der möglichen Instrumente kann die zügige Einführung einer zeitweiligen „Übergewinnsteuer“, wie es in anderen europäischen Staaten bereits erfolgt ist.

Es kann und darf auch hierzulande nicht sein, dass es unter Gefährdung des sozialen Friedens einige, wenige Krisengewinnler gibt und die Mehrheit der Menschen mit unzumutbaren Belastungen konfrontiert wird.

Diskussionsbeitrag von M. Kühnl-Mossner zur Behandlung des Krieges in der Ukraine hier in Ueckermünde

Hiermit äußere ich mich zu den Demonstrationen im Rahmen des auch uns als Deutsche und als Europäer extremst belastenden Krieges von Russland gegen die Ukraine.

Ich finde es sehr gut, dass Bürger unseres Landes auf die Straße gehen um zu demonstrieren.

Demokratie lebt vom mitmachen – und dazu gehört die freie Meinungsäußerung – und dass diese stattfinden kann.

Alles Dinge, die es u.a. in Russland derzeit nicht mehr gibt – Demonstrationen gegen den Krieg werden in Russland niedergeprügelt und Menschen inhaftiert. Freie Meinungsäußerung ist nicht mehr möglich.

Die Meinungsäußerung führt zur Diskussion – hoffentlich – und nicht zu tätlichen Auseinandersetzungen. Diskussionen, die hoffentlich zu einem Ergebnis führen, was für uns Deutsche für uns Europäer - am Besten für alle Menschen der Welt - zu einer positiven Lösung führen.

An dieser sachlichen Diskussion über reale gute Lösungen und deren Umsetzung beteilige ich mich gern.

Frieden ist eine Lösung – darin sind wir uns hoffentlich noch einig.

Putin und die russische Invasion in die Ukraine und deren Besetzung beenden – darin sind wir uns hoffentlich auch noch einig.

Welcher Weg dahin führen kann, darin bestehen wohl unterschiedliche Meinungen.

Persönlich und in Gesprächen mit vielen Personen, sehe ich keine besseren Lösungen als

- den Agressor Russland nicht mehr zu unterstützen – sprich diesen durch den Kauf von Gas und Öl nicht mehr zu finanzieren
- leider auch die Ukraine mit Waffen zu unterstützen ist eine schmerzliche aber derzeit sachlich gesehen vernünftige Lösung

Das führt natürlich in dieser derzeit einzigartigen Kriegslage in Europa dazu, dass für uns Deutsche und Europäer aufgrund unserer Abhängigkeit von russischen Energierohstoffen eine extreme Knappheit an diesen Ressourcen besteht.

Aber der Weg kann für mich und anscheinend für eine doch größere schweigende Mehrheit nur sein – schnell und vielleicht etwas schmerzhaft in die Unabhängigkeit und damit in der Freiheit zu bleiben – anstatt in die Abhängigkeit von totalitären Staaten zu gelangen.

Und derzeit ist für uns Europäer hier Russland wohl das größte Problem.

Woran ich mich nicht beteiligen möchte sind unsachliche Aussagen wie – Habeck muss abtreten – wie es ausweislich des Nordkuriers vom 14.09.22 insbesondere unser Bürgermeister getan hat. Das ist meines Erachtens keine sachliche Lösung – weil

1. Herr Habeck ist gewählt worden mehrheitlich – und wer nicht zur Wahl geht, hat sein Recht nicht wahrgenommen, jemandem anderen die Aufgabe zu übertragen
2. Wer soll die Aufgabe übernehmen? – Das wäre doch eine sachliche Antwort – Wirtschaftsminister soll XY werden, da mir dessen Lösungen gefallen.

Und das ist, was wir benötigen – Lösungen!!! – Probleme haben wir genug.

Eine Lösung in kriegerischen Situationen war und ist soziale Umverteilung von denen, die mehr als genug haben an diejenigen, die wegen des Krieges nicht mehr genug haben. Daran sollten wir arbeiten. Und daran wird gearbeitet, auch wenn uns aus Russland heraus immer wieder neue Herausforderungen gestellt werden.

Energieressourcen heben – auch wenn dies schmerzhaft ist – also auch Atomkraftwerke weiter laufen lassen.

Das sind Lösungen, durch welche wir niemanden auf der Strecke lassen müssen.

Auch die Unternehmer nicht. Wir sollten niemanden in die Insolvenz gehen lassen, der durch den Krieg und dessen Folgen in eine wirtschaftliche Schieflage gerät. Schon in der Coronakrise wurde gezeigt, dass es mit Kurzarbeitergeld usw. hier Lösungen gibt.

Auch dies schaffen wir, wenn wir uns unsere Werte – Freiheit und Gerechtigkeit – bewahren.

Diese zu bewahren ist auch sehr wichtig, da unser gesellschaftlicher Wohlstand darauf beruht.

Lassen sie es uns angehen – nicht mit meckern – sondern durch das Finden von gemeinsamen Lösungen.

Vielleicht kurz zu unseren Unternehmern, deren Energiekosten sich erhöhen.

1. Dies betrifft alle Unternehmer auf dem europäischen Markt gleich – somit kann nicht nur einer der Unternehmer wegen der gestiegenen Energiekosten in die Insolvenz gehen, da ja jeder Gärtner, Fleischer, Transportunternehmer diese Rahmenbedingungen hat und diese Steigerung einpreisen muss.

Was steigt, sind die Kosten der Verbraucher – und hier sollte sozial umverteilt werden.

2. Und wenn z.B. ein Fleischereibetrieb sich äußert, er habe 250.000,- Euro Mehrkosten jetzt jährlich an Energie, dann bleibt dies sogar unter der Inflationsrate.

Weshalb?

Dieser Fleischermeister z.B. hat nach eigenen Aussagen 60 Angestellte. Ein Mindestumsatz von 5.000.000,- Euro sollte da mindestens drin sein. Eine Erhöhung der Kosten von 250.000,- Euro entspricht 5 % des Umsatzes. Also bleibt die notwendige Preiserhöhung sogar noch unter der Inflationsrate von derzeit ca. 7% - mal niedrig angesetzt – und ähnlich geht es Transportunternehmer, Gärtnereien usw.

Also – lassen sie uns reale Lösungen finden, wie die Härten, die Russland Europa und Deutschland durch seinen Krieg gegen die Ukraine auferlegt, abgefedert werden können – für unsere Freiheit, Gerechtigkeit und ein zukünftig wieder friedlicheres Leben in Wohlstand.

Danke!

Martin Kühnl-Mossner